

Überregionaler Pressespiegel 13.12.2011

Freie Presse | 13.12.2011

Bündnis "Dresden Nazifrei" beginnt Vorbereitungen für 2012

Neonazi-Aufmärsche sollen erneut blockiert werden

Dresden (dapd-lsc). Das Bündnis "Dresden Nazifrei" startet mit der Mobilisierung für die Blockade von Neonazi-Aufmärschen am 18. Februar 2012 in Dresden. Unter dem Motto "Aller guten Dinge sind 3 - Block Dresden 2012!" werden Menschen aus ganz Deutschland zur Teilnahme an den Protesten aufgerufen, wie das Bündnis am Dienstag mitteilte. Nach der erfolgreichen Verhinderung der rechten Aufmärsche in den vergangenen beiden Jahren solle auch 2012 der Aufzug Rechtsextremer gestoppt werden.

Nach Einschätzung der Aktivisten haben die bisherigen Blockaden bereits Wirkung gezeigt. Die Rechtsextremen seien demoralisiert, und die Dynamik ihrer Aufmärsche sei gebrochen, sagte Bündnissprecher Benjamin Kümig. "Wir hoffen, dass es mit dem dritten Mal langsam reicht hier in Dresden und wir die Nazis endgültig verscheuchen können." Dass Teilnehmer aus ganz Deutschland schon jetzt Reisebusse für Februar gebucht haben, zeige die große Unterstützung.

Nach den Enthüllungen rund um die Mordserie der rechtsextremen Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" spürt das Bündnis nach eigenen Angaben einen noch größeren Zulauf. Auch das strafrechtliche Vorgehen der sächsischen Behörden gegen Teilnehmer der vergangenen Blockaden führe dazu, dass noch mehr Menschen zum Protest kommen wollten. Zu den Unterstützern zählen Musikergroups wie Die Toten Hosen und Die Ärzte, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), die Parteispitze der Linke, der Bundesvorstand der Grünen und Gewerkschaftsverbände.

Die von der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar erstmals initiierte Großdemonstration aller demokratischen Kräfte gegen die Neonazi-Aufmärsche begrüßt das Bündnis. Dadurch werde das Angebot der Proteste erweitert, sagte Kümig. Aber auch wenn die Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Neonazis stattfinden solle, reiche dies nicht aus. "Wir wollen, dass die Nazis tatsächlich nicht durch Dresden marschieren", sagte er und verwies auf die bisher erfolgreichen Blockaden.

In den kommenden beiden Monaten will sich das Bündnis unter anderem mit weiteren sogenannten Blockadetrainings auf die Proteste im Februar einstellen. Auch eine für Ende Januar geplante internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema "Ziviler Ungehorsam" gilt als Vorbereitung. In Zeitungsanzeigen soll zudem zu Spenden aufgerufen werden.

Seit Jahren marschieren Rechtsextremisten rund um den 13. Februar in Dresden auf. Das Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bombardements wird von Rechtsextremen dazu genutzt, um einen ihrer europaweit größten Aufmärsche zu veranstalten.

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Buendnis-Dresden-Nazifrei-beginnt-Vorbereitungen-fuer-2012-artikel7847476.php>

Exportierte Überwachung

Zur Überwachung der Teilnehmer an Anti-Nazi-Protesten im Februar 2011 in Dresden wurden auch sogenannte IMSI-Catcher eingesetzt. Von Januar bis Anfang November 2011 setzte das BKA diese Geräte 30 Mal ein. Die Bundespolizei verzeichnet 41, der Zoll 48 Einsätze. Zur Anwendung im Geheimdienstbereich gibt es keine öffentlichen Angaben. Nun hat die Bundesregierung auf Anfrage des Linksabgeordneten Andrej Hunko zumindest mitgeteilt, von wem solche Geräte wohin exportiert werden. Zwischen Juli 2006 und September 2011 wurden den Herstellern Boger Electronics, Rohde&Schwarz, Sernia und Syborg Informationssystem Ausfuhrgenehmigungen für Argentinien, Chile, Indien, Indonesien, Kuwait, Marokko, Mexiko, Norwegen, Russland und die USA erteilt.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/213218.exportierte-ueberwachung.html?sstr=Dresden>

Einschüchtern per Telefon

Erste Klage zu »Handygate« vom 19. Februar in Dresden

Die flächendeckende Abfrage von Telefondaten während der Anti-Nazi-Demo am 19. Februar in Dresden wird ein Fall für das Gericht. Zwei Linksabgeordnete reichten Klage ein.

Im Dezember 2005 wurde in Magdeburg eine Bank überfallen. Um die bewaffneten Täter ausfindig machen zu können, beantragte die Staatsanwaltschaft eine »Funkzellenabfrage«: Für den Zeitraum einer Stunde sollte geprüft werden dürfen, wer im fraglichen Gebiet mit wem per Handy telefonierte. Das Landgericht in Magdeburg lehnte den Antrag ab. An einem Vormittag in einer Großstadt, hieß es zur Begründung, würden zu viele Unbeteiligte erfasst.

Den Magdeburger Fall zitiert der Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach in zwei Klageschriften, die er gestern beim Amtsgericht in der sächsischen Landeshauptstadt einreichte. Im Namen zweier Politiker der LINKEN, des Landesparteičhfs Rico Gebhardt sowie des Landtagsabgeordneten Falk Neubert, richten sie sich gegen die Abfrage einer Mobilfunkzelle am 19. Februar in Dresden. Sie währte nicht eine, sondern zwölf Stunden und betraf ein Gebiet in der Südvorstadt, in dem Zehntausende Menschen wohnen und an jenem Tag weitere Zigtausende gegen einen Naziaufmarsch protestierten.

Allein die Relation zwischen der untersagten Magdeburger und der von einem Richter genehmigten Dresdner Abfrage belegt laut Schollbach, dass die von der dortigen Staatsanwaltschaft beantragte Aktion völlig unangemessen war. Bei Gericht soll nun deren Rechtswidrigkeit festgestellt werden. Schollbach spricht von einem »Pilotverfahren«, dem viele weitere folgen könnten. Bei der Abfrage waren schließlich mehr als eine Million Verbindungsdaten von 320 000 Telefonen erhoben worden, denen seither etwa 55 000 Handybesitzer namentlich zugeordnet wurden.

Im Visier der Ermittler waren bei der damaligen Funkzellenabfrage offenkundig offiziell nur wenige Personen: Zur Begründung der Abfrage wurde von den Staatsanwälten auf einen Übergriff von Linken auf Rechte im Sommer 2010 und darauf gestützte Untersuchungen gegen eine angebliche kriminelle Vereinigung verwiesen. Dafür, sagt Gebhardt, hätte

freilich die Abfrage der konkreten Telefonnummern von Beschuldigten gereicht. Stattdessen wurden Daten flächendeckend und unterschiedslos erfasst - auch, wenn sie von Abgeordneten oder Journalisten und damit beruflichen Geheimnisträgern stammten.

Diese Erfassung von Daten, die bisher verweigerten Auskünfte dazu und die bislang ebenfalls unterbliebene Löschung hätten einen fatalen »Einschüchterungseffekt« zur Folge, sagt Neubert. Es komme zu einer »Kriminalisierung des zivilgesellschaftlichen Protestes gegen Nazis«. Die Konsequenz könne sein, dass betroffene Bürger »künftig nicht mehr am Protest teilnehmen«. Mit der Klage soll daher nicht zuletzt klargestellt werden, dass friedliche Demonstranten keine Straftäter seien. Allerdings gehen Beobachter nicht davon aus, dass ein solches Signal rechtzeitig zum 13. Februar 2012 erfolgt - auch wenn nach Schollbachs Worten die Rechtslage eindeutig sei und »eine Entscheidung schnell erlassen werden könnte«.

Justiz und Innenminister verteidigten die Abfrage bisher damit, dass so auch jene ermittelt werden könnten, die Steine auf Polizisten warfen oder Barrikaden anzündeten. Dazu, merkt Schollbach an, sei die Telefonabfrage indes nicht nötig. An jenem Tag seien in der Südvorstadt an zehn Stellen Videoaufnahmen angefertigt worden; eine Drohne wurde eingesetzt; in 2500 Fällen stellten Polizisten die Identität von Demonstranten fest. Vorige Woche wurde der erste Steinwerfer von einem Dresdner Gericht verurteilt. Seine Handydaten spielten keine Rolle.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/213217.einschuechtern-per-telefon.html>

Sächsische Zeitung - Chemnitzer Morgenpost | 13.12.2011

Musik zu aggressiv? Seltsame Anklage gegen Jugendpfarrer

Die Anklage gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König im Zusammenhang mit der Demonstration vom 19. Februar 2011 nimmt immer seltsamere Züge an. Dem Pfarrer wird unter anderem vorgeworfen, aggressive Musik gespielt zu haben!

Dresden/Jena. „Keine Macht für Niemand!“ Der Kultsong der Deutschrocker von „Ton, Steine, Scherben“ aus den Siebzigern wird fast auf jeder Demo in Deutschland gespielt. In Sachsen allerdings kann das Abspielen, wie im Fall König, dazu führen, dass der Staatsanwalt aktiv wird. Dem Geistlichen wird das Abspielen von „Musik mit aggressiven anheizenden Rhythmen“ vorgeworfen, die zur Gewalt aufwiegeln würden, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Anklageschrift bezichtigt den Jenaer Jugendpfarrer gar eines „besonders schweren Falls von Landfriedensbruch“. Darauf steht eine Strafe von sechs Monaten bis zehn Jahren Haft.

Angeblich habe König, so die Süddeutsche, auch aufwieglerische Worte während der Demonstration über seinen blauen VW-Bus übertragen. Der Bus des Pfarrers sei quasi die „Führungszentrale“ der gewaltbereiten Linksextremen gewesen. Als Beweis gebe die Staatsanwaltschaft an, dass auf dem Bus eine Fahne geschwenkt worden sei. Auch ein Steinwerfer, der angeblich am Bus stand, werde König angelastet: Strafvereitelung sei dies gewesen.

Das Handy eines Linksaktivisten sei ebenfalls im Vorfeld des 19. Februar ermittelt worden, das auf König registriert gewesen sei. Laut Süddeutscher Zeitung benutzte dieses Königs

Tochter Katharina. Da die Abgeordnete der Linken im Thüringer Landtag aber nicht so leicht zu observieren war, geriet wieder ihr Vater ins Visier: So seien Lothar König selbst und sein VW-Bus am Demo-Tag akribisch beobachtet worden. (JU)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Chemnitz/Musik_zu_aggressiv_Seltsame_Anklage_gegen_Jugendp_farrer/articleid-2936605

stern.de | 13.12.2011 | 15:08 Uhr

Das Bündnis "Dresden-Nazifrei" hat erneut Blockaden gegen einen Neonazi-Aufmarsch im Februar angekündigt. Es sei davon auszugehen, dass rund 20.000 Menschen auf die Straße gehen werden, um zu zeigen, dass Dresden kein Ort für Neonazis ist, erklärte eine Bündnissprecherin am Dienstag in Dresden zum Start der Mobilisierungskampagne.

<http://www.stern.de/news2/aktuell/buendnis-dresden-nazifrei-mobilisiert-gegen-rechten-aufmarsch-1762245.html>

kanal8 | 13.12.2011 | 16:06 Uhr

Bündnis "Dresden Nazifrei" beginnt Vorbereitungen für 2012

Neonazi-Aufmärsche sollen erneut blockiert werden

Dresden (dapd-lsc). Das Bündnis "Dresden Nazifrei" startet mit der Mobilisierung für die Blockade von Neonazi-Aufmärschen am 18. Februar 2012 in Dresden. Unter dem Motto "Aller guten Dinge sind 3 - Block Dresden 2012!" werden Menschen aus ganz Deutschland zur Teilnahme an den Protesten aufgerufen, wie das Bündnis am Dienstag mitteilte. Nach der erfolgreichen Verhinderung der rechten Aufmärsche in den vergangenen beiden Jahren solle auch 2012 der Aufzug Rechtsextremer gestoppt werden.

Nach Einschätzung der Aktivisten haben die bisherigen Blockaden bereits Wirkung gezeigt. Die Rechtsextremen seien demoralisiert, und die Dynamik ihrer Aufmärsche sei gebrochen, sagte Bündnissprecher Benjamin Kümmig. "Wir hoffen, dass es mit dem dritten Mal langsam reicht hier in Dresden und wir die Nazis endgültig verscheuchen können." Dass Teilnehmer aus ganz Deutschland schon jetzt Reisebusse für Februar gebucht haben, zeige die große Unterstützung.

Nach den Enthüllungen rund um die Mordserie der rechtsextremen Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" spürt das Bündnis nach eigenen Angaben einen noch größeren Zulauf. Auch das strafrechtliche Vorgehen der sächsischen Behörden gegen Teilnehmer der vergangenen Blockaden führe dazu, dass noch mehr Menschen zum Protest kommen wollten. Zu den Unterstützern zählen Musikergroups wie Die Toten Hosen und Die Ärzte, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), die Parteispitze der Linke, der Bundesvorstand der Grünen und Gewerkschaftsverbände.

Die von der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar erstmals initiierte Großdemonstration aller demokratischen Kräfte gegen die Neonazi-Aufmärsche begrüßt das Bündnis. Dadurch werde das Angebot der Proteste erweitert, sagte Kümig. Aber auch wenn die Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Neonazis stattfinden solle, reiche dies nicht aus. "Wir wollen, dass die Nazis tatsächlich nicht durch Dresden marschieren", sagte er und verwies auf die bisher erfolgreichen Blockaden.

In den kommenden beiden Monaten will sich das Bündnis unter anderem mit weiteren sogenannten Blockadetrainings auf die Proteste im Februar einstellen. Auch eine für Ende Januar geplante internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema "Ziviler Ungehorsam" gilt als Vorbereitung. In Zeitungsanzeigen soll zudem zu Spenden aufgerufen werden.

Seit Jahren marschieren Rechtsextremisten rund um den 13. Februar in Dresden auf. Das Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bombardements wird von Rechtsextremen dazu genutzt, um einen ihrer europaweit größten Aufmärsche zu veranstalten. (dapd)

<http://www.kanal8.de/default.aspx?ID=3857&showNews=1084172>

bild.de | 13.12.2011 | 16:29 Uhr

Bundesweiter Aufruf zu Blockade von Neonazi-Demo

Dresden (dpa/sn) - Das Bündnis «Dresden Nazifrei» macht jetzt bundesweit gegen Neonazi-Aufmärsche zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens mobil. Es rief am Dienstag unter dem Motto «Aller guten Dinge sind 3 - Block Dresden 2012» zu Blockaden im Februar auf. Nach bisherigen Erkenntnissen ist für den 18. Februar eine große Neonazi-Demonstration geplant. Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass für Aufmärsche. 2010 und 2011 konnten keine Neonazis durch die Stadt laufen, weil Tausende Menschen die Marschstrecke blockierten. In diesem Jahr kam es dabei zu gewaltsamen Ausschreitungen von Linken und Rechten.

<http://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-regional/bundesweiter-aufruf-zu-blockade-von-neonazidemo-21544496.bild.html>

Cop2Cop | 13.12.2011

Naziaufmarsch in Dresden verhindern

Zum Kampagnenstart des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ erklären Claudia Roth, Bundesvorsitzende, Steffi Lemke, Politische Bundesgeschäftsführerin, und Astrid Rothe-Beinlich, Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Auch dieses Jahr werden wir wieder alles daran setzen, den alljährlichen Aufmarsch der Neo-Nazis in

Dresden erfolgreich zu verhindern. Wir wenden uns damit gegen jede Form des Geschichtsrevisionismus und stellen uns gegen die alten und neuen Nazis, die versuchen, den Jahrestag der Bombardierung Dresdens für ihre menschenverachtende Ideologie zu missbrauchen. Deswegen unterstützen wir gemeinsam den Aufruf des Bündnisses ‚Dresden Nazifrei‘ unter dem Motto ‚Aller guten Dinge sind drei! BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist‘.

Uns ist klar, dass es im Kampf gegen Rechts eine starke Zivilgesellschaft braucht, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus nicht einfach hinnimmt. Es ist deswegen unbegreiflich, wie gerade die sächsischen Ermittlungs- und Versammlungsbehörden im letzten Jahr versucht haben, den überwiegend friedlichen Protest zu kriminalisieren. Wir werden uns von solchen Repressionen nicht einschüchtern lassen und unseren erfolgreichen bunten Protest auch in diesem Jahr deutlich machen. Wir werden uns unser Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen. Im Kampf gegen Rechts braucht es unbedingt die Initiativen vor Ort.

Deswegen fordern wir die Rücknahme aller ‚Extremismusklauseln‘ sowie ein Bundesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Höhe von 50 Millionen Euro. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Initiativen vor Ort nachhaltig arbeiten und Wirkung erzeugen können. Auch aus aktuellem Anlass, der schrecklichen Mordserie durch das in Sachsen untergetauchte Neonazi-Trio, gilt für uns in diesem Jahr: Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden, bunt, lautstark, kreativ, friedlich und entschlossen!“

<http://www.cop2cop.de/2011/12/13/naziaufmarsch-in-dresden-verhindern/>
